



Schüssel: „Kein Cent an die ÖVP“

Altkanzler Schüssel beteuert, seine Partei, die ÖVP, habe vom Ankauf der Eurofighter nicht profitiert.

MICHAEL JUNGWIRTH

Wolfgang Schüssel bricht sein Schweigen. Am Rande einer Buchpräsentation legt der frühere Bundeskanzler seine Sicht der Dinge zur Causa Eurofighter und den dubiosen Provisionszahlungen dar. In einem Punkt ist er sogar bereit, die Hand ins Feuer zu legen: „Die ÖVP hat keinen einzigen Cent von EADS oder einer Firma, die im Zusammenhang mit dem Kauf der Eurofighter steht, erhalten“, so Schüssel im Gespräch mit Journalisten gestern spätabends im Parlament. „Ich hätte das von vornherein abgelehnt.“ Außerdem wäre so etwas ohnehin ans Tageslicht gekommen.

Schüssel lässt in einem Punkt aufhorchen. Das in den letzten Monaten aufgetauchte Netzwerk an Briefkastenfirmen basiere, so seine Einschätzung, „nicht auf Verschwörungstheorien“. Die Regierung habe damit nichts zu tun gehabt. „Ich kenne die Namen nur aus den Medien.“ Schüssel stellt gar nicht in Abrede, dass „aus unerfindlichen Gründen“ Gelder an Jörg Haiders Lakeside-Stiftung geflossen seien. „Mit der Beschaffung oder den Gegengeschäften hat das aber nichts zu tun.“ Im Übrigen sei auch Geld an Rapid, wo SPÖ-Verteidigungsminister Norbert Darabos im Vorstand sitzt, geflossen.

Neuerlich verteidigt Schüssel den Kauf der Eurofighter und die



Wolfgang Schüssel und Ehefrau Gigi gestern abend im Parlament bei der Präsentation des 850 Seiten dicken Wälzers „Die umstrittene Wende“ APA

„Ich kenne mich da nicht aus. Ich bin Jurist und Ökonom, kein Techniker.“

Gegengeschäfte. „Ich wehre mich dagegen, dass die Gegengeschäfte kriminalisiert werden.“ Firmen wie Hannes Androschs frühere FACC-Firma hätte ohne Abfangjäger nie Teile an Airbus verkaufen können. Jedes einzelne Geschäft sei von einer Plattform, der

auch die Arbeiterkammer angehört, genau geprüft worden. „Beim Kauf standen zwei Geräte zur Auswahl: das Auslaufmodell Grippen und das Zukunftsmodell Eurofighter. Ich habe mich nicht in die Typenentscheidung eingemischt. Ich kenne mich da über-

haupt nicht aus. Ich bin Jurist und Ökonom, kein Techniker.“

„Absurd und beschämend“

Scharf ins Gericht geht der Ex-Kanzler mit der Faymann/Spindelegger-Regierung wegen der Wehrpflicht-Volksbefragung. Es

sei „absurd und fast beschämend“, wegen einer Streitfrage das Volk zu befragen. 2000 habe er den Umstieg auf ein Berufsheer erwogen, das Vorhaben aber fallen gelassen. Ein günstiger Umstieg wäre nur möglich gewesen, wenn Österreich gleichzeitig der Nato beigetreten wäre. „Ohne Integration in ein Verteidigungsbündnis wäre der Umstieg doppelt so teuer gewesen.“